

# Ärztliche Versorgung im ländlichen Raum wird Thema im Plenum

Donnerstag, 24 Mai 2012

## Gemeinsames Landesgremium zur Koordination geplant

Die Koalitionsfraktionen wollen eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen und werden der Landesregierung dazu in den Plenarsitzungen der kommenden Woche eine Reihe Arbeitsaufträge mit auf den Weg geben. Das erklärte heute in Erfurt der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Christian Gumprecht. Die Forderungen stammen aus einem Maßnahmenkatalog, den die CDU-Fraktion im Rahmen eines Runden Tisches zur ärztlichen Versorgung mit Beteiligten aus allen Bereichen des Gesundheitswesens erarbeitet hat.

„Ziel ist, eine wohnortnahe medizinische Versorgung auf hohem Niveau zu erhalten. Dabei stehen wir vor einer doppelten Herausforderung: Durch den wachsenden Anteil Älterer und Hochbetagter werden die Fallzahlen zunehmen. Zugleich steigt der Altersdurchschnitt der Ärzte, so dass Engpässe bei Hausärzten und einigen Fachärzten drohen“, sagte Gumprecht. Darauf zielen nach seinen Angaben auch die Forderungen. So soll die Landesregierung prüfen, wie der Lehrstuhl für Allgemeinmedizin an der FSU Jena ausgebaut werden und die Leistungsangebote von niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern besser verzahnt werden können. Schließlich sollen über die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung, Fachkräfte von außerhalb Thüringens angeworben werden.

Gumprecht denkt außerdem an die Einrichtung medizinischer Versorgungszentren durch Kommunen. „Gemeinden und Städte könnten damit selbst aktiv werden und den Ärzten wirtschaftlich entgegenkommen“, so der Gesundheitsexperte. Um ein koordiniertes Vorgehen zu ermöglichen, fordern die Koalitionsfraktionen die Landesregierung auf, ein im Sozialgesetzbuch mögliches „gemeinsames Landesgremium“ für Thüringen einzurichten. „Damit würde der von uns initiierte Runde Tisch praktisch auf Dauer gestellt. Er hat sich als nützliches Diskussionsforum erwiesen. Und wir setzen von den Ergebnissen jetzt parlamentarisch um, was mit unserem Koalitionspartner umsetzbar war“, so Gumprecht.

Über die Ergebnisse des Runden Tisches hinaus bitten die Koalitionsfraktionen die Landesregierung, „sich für eine gerechte Finanzierung der Arbeit der Hebammen einzusetzen“. Laut Gumprecht wird der Berufsstand der freiberuflich tätigen Hebammen durch hohe Versicherungsprämien wirtschaftlich immer unattraktiver. Das Problem müsse dringend gelöst werden.